

ZEITSCHRIFT DES
MITTELSCHÜLER-KARTELL-VERBANDES

PREIS: €3,- | POLITISCH UNABHÄNGIGES JUGEND- UND MITGLIEDERMAGAZIN
SEIT 1968

MKVÖ

COULEUR

AUSGABE 3
2024



Politik & Gesellschaft.

ÖSTERREICH AM VORABEND DER NATIONALRATSWAHL

S.4

Was die Nationalratswahl mit sich bringt.

Meinungsforscher Haselmayer mit einer Einschätzung.

S.16

Österreichs erste Verteidigungsministerin.

Kludia Tanner im Gespräch über das österreichische Bundesheer.

Österreichische Post AG / SP 02Z031286 S
MKV, Laudongasse 16, 1080 Wien, DVR: 0014958

DEINE EXPERTEN FÜR IMMOBILIEN

www.remax-solutions.at

- Strategien zur Werterhöhung
- Erlösmaximierung durch strukturierte Bieterverfahren
- Unterstützung bei Erbantritt und Übernahmen

BezR. Markus Lill
v/o Aristoteles,
OCW, St-H!
m.lill@remax-solutions.at
+43 678 12 10 671

GF Ing. Mag. Christian Probszt
MA, MRICS, CREA
Allgem. beeideter u. gerichtlich
zert. Sachverständiger
v/o Eisbär, S-B, St-H!
c.probszt@remax-solutions.at
+43 699 10 89 20 20



RE/MAX
Solutions



Ruf' uns noch heute an und vereinbare Deinen Beratungstermin!

Mit Leistung Wohlstand sichern.

Kbr. Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Arbeit, die sich lohnt.

Weil wir Arbeit und Leistung wieder wertschätzen müssen.

Wirtschaft, die wächst.

Weil starke Unternehmen unseren Wohlstand sichern.

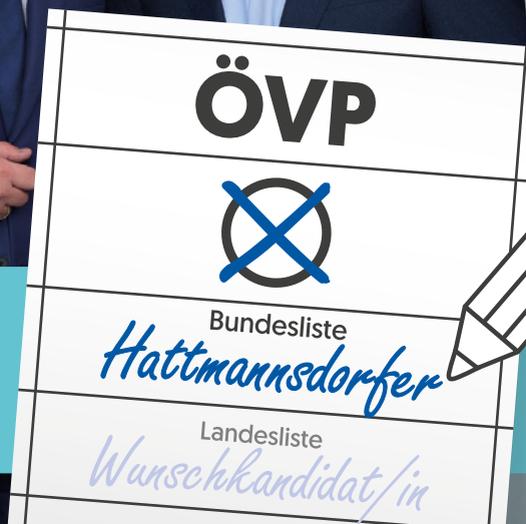
Integration, mit klaren Regeln.

Weil es ohne Deutsch und Arbeit in Österreich keine Zukunft gibt.

www.hattmannsdorfer.at



Vorzugsstimme
Bundesliste
Hattmannsdorfer
reinschreiben





INHALT

4 NATIONALRATSWAHL 2024

Christoph Haselmayer beleuchtet den Wahlkampf wagt eine Prognose.

8 Wahlkabine.at

Über die Neuaufstellung Österreich größter Politikorientierungshilfe.

10 Vorstellung der Spitzenkandidaten.

Wer geht für die sechs bundesweit kandidierenden Parteien ins Rennen?

13 Quo vadis, Austria?

Christian Mertens über Österreichs Parteienlandschaft am Vorabend der Nationalratswahl.

16 Klaudia Tanner im Gespräch

Die Verteidigungsministerin über Entwicklungen im Bundesheer, geopolitische Herausforderungen und mehr.

20 Spielerisch politische Beteiligung erproben

Die Demokratiewerkstatt im Parlament als Angebot an junge Menschen zur politischen Partizipation.

22 Wozu wählen?

Paul Ertl macht einen Ausflug in die Ideengeschichte der Demokratie.

25 Der Flughafen-Chef

Flughafen Wien-Vorstand Günther Ofner im Interview.

28 Stichwort: Europa: Was für eine Wende!

29 Literaturempfehlung

30 Suchbild und Impressum

EDITORIAL

Das Jahr 2024 wird vielerorts als Super-Wahljahr bezeichnet. Weltweit sind heuer rund 3,6 Milliarden Menschen dazu aufgerufen, bei einer Wahl ihre Stimme abzugeben. Unter den mehr als 60 Ländern, in denen die Bevölkerung zur Urne schreitet, findet sich auch Österreich. Bereits im Frühjahr ging der Reigen mit Gemeinderatswahlen und Wahlen für das Europäische Parlament los. Und nun steht mit der Nationalratswahl die wie viele Stimmen behaupten, wichtigste Wahl vor der Tür. Grund genug, diese Ausgabe dem Thema „Politik und Gesellschaft“ zu widmen und sich mit demokratischen Prozessen, Meinungsbildung und Analysen am Vorabend der Wahl zu beschäftigen.

Ohne in diesem Editorial zu sehr politisieren zu wollen. Aber: Die vielfältigen globalen wie nationalen Herausforderungen, denen wir begegnen, erfordern eine Politik, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst ist und aktiv auf deren Bedürfnisse reagiert. Gleichzeitig müssen wir als Gesellschaft verstehen, dass politische Prozesse oft komplex sind und Veränderungen Zeit brauchen. Nicht immer sind die einfachen Lösungen die besten. Eine lebendige Demokratie lebt von Dialog und Willen zur Zusammenarbeit. In einer Zeit des Wandels ist es entscheidend, dass Politik und Gesellschaft nicht gegeneinander arbeiten, sondern gemeinsam an zukunftstauglichen Lösungen für die Zukunft bauen. Dazu können wir als Privatpersonen, Vereine und Verbände durchaus unseren Beitrag leisten. Ein solch kleiner Beitrag darf das vorliegende Heft sein.

In diesem Sinne wünsche ich eine bereichernde Lektüre!



BENEDIKT NEUMAYER (DMW)
CHEFREDAKTEUR

NATIONALRATSWAHL 2024: ÖVP UND FPÖ LIEFERN SICH SPANNENDES DUELL - SPÖ KÄMPFT GEGEN INTERNE TURBULENZEN UND NEUE KRÄFTE MISCHEN MIT

Mit der Nationalratswahl am 29. September 2024 steht Österreich vor einem politisch explosiven Duell. Meinungsforscher Christoph Haselmayer blickt für das Couleur auf die Entwicklung der Parteien und beleuchtet ihre Chancen beim anstehenden Urnengang.

Die meisten aktuellen Umfragen lassen keinen Zweifel daran, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) geben könnte. Doch nicht nur das Duell zwischen Bundeskanzler Karl Nehammer und FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sorgt für Aufsehen – auch die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) kämpft unter ihrem Vorsitzenden Andreas Babler gegen interne Querelen, während kleinere Parteien wie die Bierpartei und die KPÖ ihre Chancen versuchen zu nutzen, um ins Hohe Haus einzuziehen.

ÖVP UND FPÖ: DAS DUELL UM DIE KANZLERSCHAFT

Die aktuellen Umfragen zeigen ein engeres Rennen als noch vor Monaten erwartet zwischen der ÖVP und der FPÖ. Laut neuesten Erhebungen liegt die ÖVP derzeit bei etwa 24 -26 Prozent, während die FPÖ mit rund 27 -28 Prozent nur knapp davor liegt. Dies deutet auf einen spannenden Wahlkampf hin, der bis zum letzten Moment offen sein wird.

Karl Nehammer, der Kanzler und ÖVP-Chef, setzt auf Kontinuität und Stabilität. In seinen letzten Reden und Wahlkampfauftritten hat Nehammer betont, dass die ÖVP die richtige Partei sei, um die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen und das Land sicher durch unsichere Zeiten zu führen. Die Schwerpunkte seiner Kampagne liegen auf wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Sicherheit und einer starken Position in der Europäischen Union. Die ÖVP ist wohl als einzige Partei in der nächsten Regierung gesetzt. Die Frage ist nur, ob mit Nehammer oder jemand anderen.

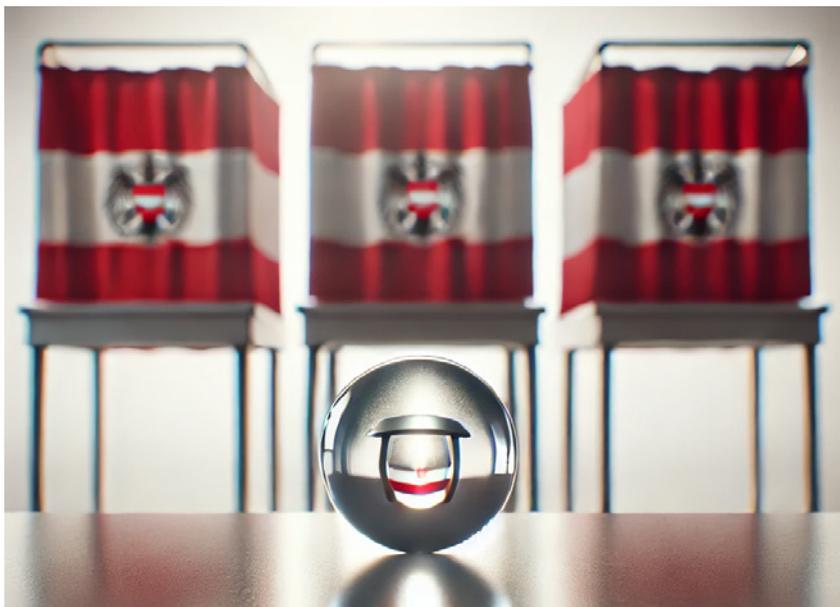
Herbert Kickl von der FPÖ hingegen präsentiert sich als der große Herausforderer. Die FPÖ setzt auf eine aggressive Kampagne, die die Schwächen der aktuellen Regierung aufzeigt und radikale Veränderungen in der Migrationspolitik und der Sicherheitspolitik fordert. Kickl hat sich als Stimme des Wandels positioniert und versucht, die Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien zu nutzen. Seine Kampagne fokussiert sich auf Sicherheit, Stabilität für die kommenden fünf Jahre und eine restriktivere Migrationspolitik.

SPÖ: ANDREAS BABLER UND INTERNE QUERELN

Die SPÖ, derzeit auf etwa 20 - 21 Prozent in den Umfragen, kämpft unter ihrem Vorsitzenden Andreas Babler mit erheblichen internen Problemen. Babler, das letzte Jahr zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, sieht sich nicht nur einem schwierigen politischen Umfeld gegenüber, sondern auch internen Streitigkeiten und einer unruhigen Basis im ländlichen Raum.

Babler hat es bisher nicht geschafft, die verschiedenen Flügel innerhalb der SPÖ zu vereinen und eine klare, kohärente Strategie zu entwickeln. Während Teile der Partei ihn unterstützen und seine progressive Agenda als notwendig erachten, gibt es auch starke Widerstände von eher konservativen und traditionsbewussten Mitgliedern, die seine Ansätze als zu radikal oder unrealistisch und zu links betrachten.

Die internen Querelen haben die Fähigkeit der SPÖ beeinträchtigt, sich effektiv gegen die Konkurrenz zu behaupten und eine klare Botschaft an die Wähler zu senden. Die jüngsten Umfragen spiegeln diese



Meinungsforscher Haselmayer blickt zum Wahlkampfende in die demoskopische Glaskugel.

Unsicherheit wider, da die SPÖ Schwierigkeiten hat, sich gegenüber den dominierenden Parteien ÖVP und FPÖ durchzusetzen und somit verpasst man ein mögliches Kanzler-Triel klar.

GRÜNE UND NEOS: MATCH UM PLATZ 4

Die Grünen unter Vizekanzler Werner Kogler hatten es nicht leicht als Junior-Partner in der Regierung. Speziell in MKV und ÖCV-Kreisen hat die Partei als Koalitionspartner der ÖVP polarisiert. Derzeit kommt man in den Umfragen auf acht - neun Prozent und liegt somit deutlich unter dem Ergebnis von 2019 (13,9 Prozent). Nichtsdestotrotz, gerade die Renaturierungsdebatte hat den Grünen wieder einen gewissen Auftrieb verpasst. Noch-Umweltministerin Leonore Gewessler zieht im eigenen Wählerklientel. Für die eine Seite ist sie schon fast sowas wie eine Heilige, für die andere Seite sowas wie Luzifer. Wetterkapriolen und dadurch ausgelöste Überschwemmungen könnten noch

kurzfristig auf das Grüne-Konto einzahlen.

Die NEOS mit Beate Meinl-Reisinger sind ebenso im Aufwind. Bei den meisten Umfragen kommt man derzeit auf rund neun Prozent, im Wahlkampffinale könnte man sogar noch zulegen. Speziell Persönlichkeiten wie Sepp Schellhorn ziehen im bürgerlichen Lager und so gibt es einen Wähler austausch nicht nur zwischen FPÖ und ÖVP sondern auch zwischen NEOS und der ÖVP. Beate Meinl-Reisinger die Klubobfrau im Parlament versucht einen gewissen Drahtseilakt. Auf der einen Seite greift sie die ÖVP und Bundeskanzler Karl Nehammer an und verweist auf nicht gehaltene Wahlversprechen bzw. auf die aktuelle Situation der Wirtschaft, auf der anderen Seite gibt es aber immer wieder versöhnlichere Töne in Richtung ÖVP. Man will sich das Tür für eine mögliche Koalition nicht zuschlagen.

BIERPARTEI UND KPÖ: NEUE KRÄFTE AUF DEM VORMARSCH

Neben den großen Parteien gibt es auch kleinere Kräfte, die versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Die Bierpartei, unter dem Vorsitz von Dominik Wlazny, ist eine dieser neuen politischen Bewegungen. Je länger aber der Wahlkampf dauert, desto schwieriger wird es aber für die neue Partei. Vor ein paar Tagen titelte die Kronen Zeitung „Die Entzauberung von Dominik Wlazny“. Der mediale Hype um den Bundespräsidentenkandidat flacht ab und er scheut mediale Auftritte und wenn er in Erscheinung tritt, bleibt er im Inhalt wage. Derzeit wäre die Bierpartei noch mit vier - fünf Prozent im Parlament vertreten. Hier kann es aber noch zu einem Herzschlagfinale kommen.

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) unter Spitzenkandidat Tobias Schweiger versucht ebenfalls, im Wahlkampf Fuß zu fassen. Sie liegt derzeit in Umfragen knapp unter der Vier-Prozent Hürde. Die KPÖ setzt auf eine klassische linke Agenda, die soziale Gerechtigkeit, leistbarer Wohnraum, Umverteilung und eine stärkere Regulierung der Wirtschaft betont. Während die KPÖ traditionell eher als Randscheinung im politischen System gilt, versucht die Partei, von der Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien zu profitieren und ihre Botschaften zu verbreiten. Gerade die Wahlen in der Steiermark und letztes Jahr in Salzburg haben ihr Auftrieb gegeben.

Die restlichen Parteien (LMP, Keine, MFG, etc.) scheitern alle an der Vier-Prozent Hürde im Parlament und sind somit nicht einzeln erwähnenswert.

DER WAHLKAMPF: EIN ZUSAMMENSPIEL DER KRÄFTE

Der Wahlkampfendspurt wird von einer Vielzahl von Faktoren geprägt sein. Die Spannungen zwischen den großen Parteien und den aufstrebenden Kräften schaffen ein dynamisches und unvorhersehbares Umfeld. Das sich anzeichnende Kanzlerduell zwischen Nehammer und Kickl wird zweifellos einen zentralen Moment im Wahlkampf-Finale darstellen und könnte entscheidend für die Meinungsbildung der Wähler sein.

Die SPÖ muss sich bemühen, ihre internen Konflikte zu überwinden und eine klare, überzeugende Botschaft zu formulieren, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die kleinen Parteien, mit Einschränkung Bierpartei nutzen derweil jede Gelegenheit, um Aufmerksamkeit zu erregen und sich als ernsthafte Alternative zu präsentieren.

Im Finale werden die Wahlkämpfer alles daransetzen, ihre Wählerbasis zu mobilisieren und ihre Positionen zu stärken. Die Wähler stehen vor einer schwierigen Entscheidung, da die verschiedenen Parteien und Kandidaten ihre Visionen und Programme präsentieren. Das Ergebnis der Wahl könnte nicht nur die politische Richtung des Landes bestimmen, sondern auch weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige politische Landschaft haben.

FAZIT: EIN WAHLKAMPFFINALE VOLLER SPANNUNG UND UNGEWISSHEIT

Die Nationalratswahl 2024 verspricht ein spannendes und richtungsweisendes Ereignis zu werden. Mit einem knappen Rennen zwischen der ÖVP und der FPÖ, internen Konflikten in der SPÖ und dem Aufkommen neuer politischer Kräfte wie der Bierpartei und der KPÖ, wird der Wahlkampf noch von intensiven Auseinandersetzungen und strategischen

Manövern geprägt sein. Die letzten zwei Wochen werden entscheidend dafür sein, wie sich die politischen Kräfte aufstellen und welche Partei am Ende die Oberhand behalten wird. Eines ist sicher: Österreich steht vor einer der aufregendsten Wahlen seiner Geschichte und Umfragen sind immer nur eine Momentaufnahme.



**CHRISTOPH
HASELMAYER
(BBK)**

ist Geschäftsführer und Meinungsforscher beim Institut für Demoskopie & Datenanalyse (IFDD) sowie Politikanalyst für TV, Print und Onlinemedien. Er liefert regelmäßig Umfragen & Analysen für die Krone, NÖN, Privatradios, Servus TV, Krone TV, ORF Radio Kärnten und Puls4/24. Derzeit ist er bei den Politikduellen bei ATV & Puls 4/24 vor der Kamera zu sehen.

QR-CODE SCANNEN UND MITMACHEN

Interessant wird aber auch eine mögliche Koalitionsbildung werden. Die verschiedensten Varianten stehen im Raum. Von FPÖ/ÖVP bis ÖVP/SPÖ/NEOS oder wählen wir vielleicht doch neu im Frühjahr 2025?

Es bleibt also spannend. Hier ist nun eure Meinung gefragt. Einfach mit dem Smartphone den QR-Code scannen und abstimmen.

Welche Koalitionsvariante die Bundes- und Kartellbrüder präferieren erfahrt ihr in einer Auswertung in der nächsten Ausgabe.



MKV-GESAMTVERZEICHNIS 2024/25 SUBSKRIPTIONSANGEBOT

Lieber Kartellbruder!

Wir freuen uns, Dir das Subskriptionsangebot für das MKV-Gesamtverzeichnis 2024/25 unterbreiten zu können! Auf Grund der großen Nachfrage bringen wir erstmals seit 2018 wieder ein neues und aktuelles Gesamtverzeichnis heraus und bedanken uns bei allen Interessenten für die bisherige Geduld.

Dieses beliebte Nachschlagewerk wird in einer Auflage von rund 2.500 Stück produziert und ist ein wesentlicher Behelf für die Kontakte zwischen unseren Kartellbrüdern. Es besteht wie gewohnt aus einer Verbands- und Verbindungsübersicht, einer Mitgliederauflistung nach Verbindungen, einem alphabetischen Teil und einem Verzeichnis nach Wohnort bzw. Postleitzahlen.

Nach diversen Schwierigkeiten, die leider zu einer Verzögerung bei der Herausgabe geführt haben, befinden wir uns jetzt in der finalen Phase der Vorbereitung: Der Datenabzug am 1. Juli hat erfolgreich stattgefunden, und wir arbeiten mit Hochdruck daran, die Daten für den Druck aufzubereiten. Der Versand ist aus derzeitiger Sicht für Dezember 2024 geplant.

Bis 30. November 2024 bieten wir Dir das Gesamtverzeichnis 2024/25 zu einem vergünstigten Subskriptionspreis von 38,- € inklusive Versand an. Der spätere Verkaufspreis wird 43,- € plus Porto betragen. Eine telefonische oder schriftliche Bestellung zum Subskriptionspreis ist nicht möglich.

**DAS VERZEICHNIS KANN NUR VON MITGLIEDERN VON
MKV-VERBINDUNGEN BESTELLT WERDEN.**

**DIE SUBSKRIPTION IST AB SOFORT BIS 30. NOVEMBER 2024
AUSSCHLIESSLICH DURCH EINZAHLUNG DES BETRAGES VON 38,- €
(INKLUSIVE POSTVERSAND) AUF FOLGENDES KONTO MÖGLICH:**

Empfänger: Mittelschüler-Kartell-Verband
Kontonummer: AT60 3200 0000 1383 2076 (bei RLB NÖ-Wien AG)
BIC: RLNWATWW
Verwendungszweck: Mitgliedsnummer (Du findest sie im OGV oder im Adressfeld
am Titelblatt des „Couleur“ über Deinem Namen)
UND Vorname Nachname

WAHLKABINE.AT ALS ORIENTIERUNGSHILFE UND INFORMATIONSFUNDUS

Dank technischer und finanzieller Unterstützung bietet wahlkabine.at („Österreichs erfolgreichste Online-Politikorientierungshilfe“ – Selbstbeschreibung) Unterstützung beim Vergleich der persönlichen Meinung und Einstellung mit den Wahlprogrammen der zum Nationalrat kandidierenden Parteien.

Groß war Aufregung in der heimischen Medienlandschaft und Teilen der Öffentlichkeit, als im vergangenen Herbst die Meldung die Runde machte, wahlkabine.at werde aus finanziellen Gründen eingestellt. Das 2002 aus der Taufe gehobene Portal hatte sich über 20 Jahre hinweg als niederschwellige Möglichkeit der politischen Selbsteinschätzung und Orientierung etabliert, ehe sich für viele überraschend im Oktober 2023 der Vorhang vorerst schloss. Im Frühjahr folgte dann aber das Aufatmen. Mitinitiator Konrad Becker vom „Institut für Neue Kulturtechnologien/t0“ verkündete den Einstieg zweier Organisationen. Dank der neuen Partnerschaften mit dem Verband Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) und SOS-Kinderdorf kam es zu einem Fortbestand der Plattform. Die beiden Organisationen stellen eine Anschubfinanzierung bereit und wollen langfristige Unterstützung bieten, um das Projekt fortzuführen. Dennoch bleibt wahlkabine.at weiterhin auf Spenden angewiesen, um die Existenz auch für eine mittel- und langfristige Zukunft zu sichern.

BEDEUTUNG UND ZIELSETZUNG VON WAHLKABINE.AT

Die Plattform wahlkabine.at hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere jungen Wählerinnen und Wählern eine fundierte Orientierungshilfe vor Wahlen zu bieten. Seit ihrer Einführung vor über zwanzig Jahren wurde sie über sechs Millionen Mal bei verschiedenen Wahlen auf Länder-, Bundes-, und europäischer Ebene, aber auch etwa bei ÖH-Wahlen genutzt. Nutzerinnen und Nutzer können ihre politischen Ansichten und deren persönliche Gewichtung mit den Positionen der kandidierenden Parteien vergleichen, ohne dass dabei Wahlempfehlungen ausgesprochen werden. Der Fokus liegt dabei auf konkreten Inhalten, um die politische Debatte zu versachlichen. Das man überparteilich ist und die Ergebnisse der Einstufung keine Empfehlung zum Kreuz in der Wahlkabine ist, wird regelmäßig betont. Dazu sind die je nach Wahl und Rückmeldungen der Parteien unterschiedlich ergiebigen Frage-Antwort-Möglichkeiten wohl



Gewählt wird per Brief oder in der Wahlkabine, davor informiert oft online.

auch nicht aussagekräftig genug. Neben anderen Faktoren erlauben sie aber eine gute erste Einschätzung. Zudem ist die Möglichkeit zur vertieften Beschäftigung mit den Rückmeldungen der Parteien zu den ausgegebenen Fragen ist ebenso gegeben.

NEUE PARTNERSCHAFTEN MIT ZIVILGESELLSCHAFT

Bei wahlkabine.at wird versichert, dass mit den neuen Partnern, SOS-Kinderdorf und dem Verband Österreichischer Volkshochschulen, die Plattform in der gewohnt hohen Qualität weitergeführt wird. Beide Organisationen sind politisch verortbar. Unabhängig davon, setzen sie sich für eine breite Beteiligung der Gesellschaft ein. Wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der politischen Bildung

Nationalratswahl 2024

29. September 2024

zur Nationalratswahl 2024

Derzeit können auf wahlkabine.at Fragen zur Nationalratswahl beantwortet werden.

von Jugendlichen und Erstwählerinnen und Erstwählern liegt, diese Altersgruppe wird oft in politischen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend wahrgenommen. SOS-Kinderdorf sieht die Kooperation als Beitrag zur Förderung der Mitbestimmung junger Menschen, während die Volkshochschulen das Thema Demokratie und politische Teilhabe in den Fokus ihrer Bildungsarbeit stellen.

QUALITÄTSSTANDARDS UND WISSENSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT

Wahlentscheidungshilfen werden rund um große Urnengänge einige angeboten. Vor allem Medien im gesamten Spektrum der Seriositätsskala generieren damit in Vorwahlzeiten recht einfach Clicks auf der eigenen Website. Macht die digitale Wahlkabine hier etwas besser? Ein entscheidender Erfolgsfaktor von wahlkabine.at ist die wissenschaftlich fundierte und unabhängige Arbeitsweise. Ein Team aus Politikwissenschaftlerinnen und –wissenschaftlern sowie

ausgewählte Expertinnen und Experten erarbeitet die Inhalte in oft monatelanger Detailarbeit, wobei neben Anfragen an Parteien deren Partei- und Wahlprogramme, Aussendungen sowie die parlamentarische Arbeit und das Abstimmungsverhalten als Faktoren bei der Gewichtung der Antworten herangezogen werden. Diese Vorgehensweise hat wahlkabine.at zu einem Vorzeigemodell im europäischen Netzwerk für politische Bildung gemacht, wie seitens der Betreiber stolz betont wird.

BEDEUTUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Gerade in Zeiten, in denen viel über die Teilnahme am politischen Prozess gesprochen wird und sich immer mehr Gruppierungen (und hier leider auch viele junge potentielle Wählerinnen und Wähler) von diesem ausgegrenzt fühlen, können seriöse Plattformen wie wahlkabine.at einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung und Teilhabe in Österreich bieten. Gerade niederschwellige Angebote ermutigen, sich aktiv in politische Prozesse

einzubringen und selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Egal, ob man seine Wahlentscheidung schon getroffen hat, oder noch unschlüssig ist, unter www.wahlkabine.at kann sich jeder im Vorlauf der anstehenden Nationalratswahl per Auswahl durch eine Liste von rund 25 Fragen zu aktuellen Themen klicken und neben einer mittels Punktesystem gelisteten Parteienfolge eine detaillierte Übersicht erhalten, wie diese Fragen von den Parteien beantwortet wurden.



**MAG.
BENEDIKT
NEUMAYER (DMW)**

beschäftigt sich seit Jahren beruflich wie im Rahmen seiner universitären Ausbildung mit dem Einfluss, den Möglichkeiten sowie Herausforderungen neuer Technologien.

DIE SPITZENKANDIDATEN DER NATIONALRATSWAHL IM KURZPORTRAIT

Ende September dieses Jahres haben wir wieder die Gelegenheit, an der Wahlurne die Geschicke Österreichs mitzubestimmen.

Diesen Herbst führen vier Männer und eine Frau die bereits im Parlament vertretenen Parteien in die Nationalratswahl. Der älteste Spitzenkandidat ist dabei Werner Kogler, der 62-Jährige geht zum zweiten Mal für die Grünen ins Rennen. Auch Beate Meinel-Reisinger, die

Vorsitzende der NEOS, war bereits 2019 Spitzenkandidatin. Eine Premiere ist es hingegen für die Spitzenkandidaten der drei derzeit stimmenstärksten Parteien, sie alle gehen erstmals in den Kampf um den Kanzlersessel. Auf den Wahlzetteln werden zudem bundesweit

die KPÖ und die Bierpartei vertreten sein, auch sie schicken Männer auf Listenplatz Eins ins Rennen. Alle Spitzenkandidaten im Kurzportrait und gereiht nach der Stärke ihrer Partei bei der vergangenen Nationalratswahl.

ÖVP: KARL NEHAMMER



© BKA Andy Wenzel

Für Bundeskanzler Karl Nehammer (SOP) ist die anstehende Nationalratswahl die erste Wahl, bei der er selbst als Spitzenkandidat antritt. Der 51-Jährige, er ist gebürtiger Wiener und maturierte, 1992 im Gymnasium Amerlingstraße im fünften Wiener

Gemeindebezirk, wurde in der niederösterreichischen Volkspartei politisch sozialisiert. Bereits unter Alois Mock im Wahlkampf aktiv, begann er 2007 auch hauptberuflich für die VP Niederösterreich zu arbeiten. Sein Aufstieg in der Bundespartei begann unter Sebastian Kurz: 2018 wurde er Generalsekretär der ÖVP, 2020 wechselte er als Innenminister in die damalige Regierung. In dieser Position war er etwa für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-Pandemie und den Umgang mit den Demonstrationen dagegen sowie die Aufarbeitung des Terroranschlags in Wien verantwortlich. Ende 2021 übernahm er

nach dem Rücktritt von Sebastian Kurz die Parteiführung und wurde kurz darauf als Bundeskanzler vereidigt.

Unter seiner Führung erlitt die ÖVP bei mehreren Wahlen (nach zuvor teils großen Zugewinnen unter Sebastian Kurz) Verluste, zuletzt zehn Prozentpunkte bei der EU-Wahl im Juni. Der ehemalige Berufssoldat und ausgebildete Kommunikationstrainer geht dennoch optimistisch in die anstehende Wahl und möchte für die ÖVP im ausgerufenen Kanzlerduell gegen Herbert Kickl siegreich bleiben.

**SPÖ:
ANDREAS BABLER**



© PARLAMENTSDIREKTION THOMAS TOPF

Andreas Babler, Bürgermeister von Traiskirchen, ist seit gut einem Jahr als Parteivorsitzender an der Spitze der SPÖ. Mit viel Vorschusslorbeeren und hohen Erwartungen in das Amt gestartet, steht er unter großem Druck, einen Wahlerfolg zu erzielen. Der 51-jährige ehemalige SJ-Bundessekretär, der stolz seine Arbeiterherkunft betont, den Kampf um die Parteiführung als Außenseiter und konnte vor allem die Parteilinke mobilisieren. Der gebürtige Niederösterreicher ist bisher nicht im Nationalrat vertreten, aufgrund seines Amtes als Bürgermeister die große Bühne der Nationalpolitik verwehrt. Er setzt auf Sachpolitik und präsentierte seine „Reformkanzlerschaft“ mit verschiedenen Konzepten. Unter Babler erlangte die SPÖ jedenfalls wieder deutlichere sozialdemokratische Konturen. Eine Entwicklung, die nicht bei allen Genossinnen und Genossen auf die gleiche Gegenliebe stößt. Dennoch geht Andreas Babler mit dem Anspruch in die Wahl, den Kanzlerposten zu gewinnen.

**FPÖ:
HERBERT KICKL**



© FPÖ

Der in Villach geborene Herbert Kickl, wie Babler aus einer Arbeiterfamilie stammend, tritt ebenfalls zum ersten Mal als Spitzenkandidat seiner Partei an. Der 55-jährige Kärntner war lange Zeit im Hintergrund aktiv und gilt als talentierter Redenschreiber, der kontroverse Slogans und Formulierungen bereits für die FPÖ-Parteichefs Jörg Haider (mit dem er sich nach dessen Austritt und Gründung des BZÖ überwarf) und Heinz-Christian Strache entwarf. Von 2005 bis 2017 war er Generalsekretär der Freiheitlichen. Erstmals in die erste Reihe und damit ins große politische Rampenlicht trat er 2017 als Innenminister in der Regierung Kurz I, wo insbesondere die umstrittene Razzia im Verfassungsschutz und die geplante Einführung von Reiter-Staffeln bei der Polizei in Erinnerung blieb. 2021 übernahm Kickl die Parteiführung und nutzte die Corona-Krise, um seine Agenda voranzutreiben. Der ideologische Vordenker seiner Partei bezeichnet sich im Wahlkampf viel diskutiert als „Volkskanzler“ und gibt als Ziel Platz Eins aus.

**GRÜNE:
WERNER KOGLER**



© BKA ANDY WENZEL

Auch Werner Kogler war lange in der zweiten Reihe aktiv, bevor er die Grünen zu neuen Erfolgen führte. Der 62-jährige aktuelle Vizekanzler gilt als Retter der Grünen. Nach dem Desaster 2017 sprang er als Parteichef ein und konnte bei der Nationalratswahl 2019 das beste Ergebnis in der Geschichte der Grünen einfahren, inklusive Regierungsbeteiligung. Der studierte Volkswirt ist ein Gründungsmitglied der Grünen. Bereits seit langem in der Politik aktiv, wechselte der in Hartberg geborene Steirer 1999 vom Grazer Gemeinderat in den Nationalrat, ab 2009 war er Stellvertreter der damaligen Parteichefin Eva Glawischnig. Nach dem Einzug der Grünen in die Regierung entwickelte er sich vom mit Lederjacke und grüner Brille auftretenden Mann des Anti-Establishments zum seriösen Vizekanzler. Im Zusammenspiel mit Nehammer gelang es ihm trotz oft schwierig zu erarbeitender Kompromisse und Streit in der Koalition (etwa beim Renaturierungsgesetz) erst das zweite Mal mit einer Regierung die 5-jährige Legislaturperiode durchzudienen.

NEOS: BEATE MEINL-REISINGER



© PARLAMENTS DIREKTION THOMAS TOPF

Die 46-jährige Beate Meinl-Reisinger ist die einzige Frau unter den Spitzenkandidaten. Die Juristin aus Wien war ursprünglich in der ÖVP aktiv, bevor sie sich 2012 von der Volkspartei enttäuscht der neugegründeten liberalen Partei NEOS anschloss und vor allem als Chefin der NEOS Wien aktiv war und 2013 erstmals ins Parlament einzog. Nach ihrer Rückkehr in den Nationalrat 2017 übernahm sie 2018 die Parteiführung von Partei-Mitbegründer Matthias Strolz. Meinl-Reisinger gilt als redegewandt und humorvoll. Sie trachtet danach, die politische Reichweite der NEOS zu erweitern und die Partei als verlässliche Alternative zu den traditionellen Großparteien in Österreich zu etablieren. Zugleich betont sie den Willen zur Übernahme von Regierungsverantwortung und möchte die Partei als liberale Oppositionspartei in die Regierung führen.

KPÖ: TOBIAS SCHWEIGER



© KPÖ

Der 34-jährige Tobias Schweiger stammt aus Graz (die KPÖ stellt in der zweitgrößten Stadt Österreichs seit 2021 die Bürgermeisterin) und war zunächst bei den Jungen Grünen aktiv, bevor er sich 2017 mit der damaligen Vorsitzenden Eva Glawischnig überwarf, aus der Partei ausgeschlossen wurde und sich der KPÖ anschloss. Seit 2021 ist er Bundessprecher der KPÖ. Schweiger, der Philosophie und Politikwissenschaften studierte, arbeitete unter anderem als Kellner, Koch und Buchhändler. Sein Ziel ist es, die KPÖ langfristig zu stärken und die Gunst der Stunde zu nutzen um erstmals seit dem Rauswurf aus dem Nationalrat 1959 wieder in die österreichische Volksvertretung einzuziehen.

BIERPARTEI: DOMINIK WLAZNY



© BIERPARTEI

Dominik Wlazny, auch bekannt als Kunstfigur Marco Pogo, gründete 2015 die Bierpartei als Satireprojekt. Der 37-jährige Wiener Mediziner und Punkband-Leader (Turbobier) trat bereits 2019 bei der Nationalratswahl in Wien an. Spätestens seit seiner Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl, bei der er 8,3 Prozent der Stimmen und in Wien sogar den zweiten Platz erreichte, wird er politisch ernst genommen. Auch in einigen Wiener Bezirken ist seine Partei mit Bezirksräten vertreten, nun soll es auch mit dem Einzug in den Nationalrat klappen. Er selbst ordnet sich dem linken politischen Spektrum zu, über seine konkreten politischen Vorstellungen für die Bundespolitik hat sich Wlazny bislang jedoch kaum geäußert.

QUO VADIS AUSTRIA?

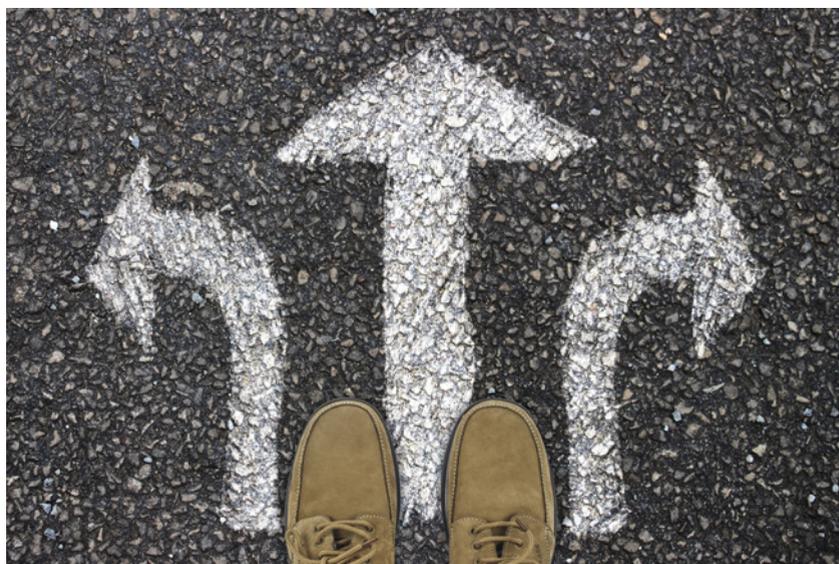
ÖSTERREICHS PARTEIENLANDSCHAFT AM VORABEND DER NATIONALRATSWAHL

Die Nationalratswahl am 29. September wird den seit Mitte der 1980er Jahre andauernden Transformationsprozess im österreichischen Parteiensystem zu einem vorläufigen Abschluss bringen. Aller Voraussicht nach wird keine der beiden die Zweite Republik prägenden Parteien die Spitzenposition erreichen und werden so viele Parteien wie nie zuvor im Nationalrat vertreten sein. Gibt es Chancen auf ein verbindendes Projekt?

Herrschte in Österreich über Jahrzehnte quasi als Überreaktion auf die in einem Bürgerkrieg gipfelnden Konflikte der Ersten Republik eine politische Kultur des mitunter lähmenden Konsenses – pervertiert in Proporzdenken und sozialpartnerschaftlicher Dominanz, auch gegenüber dem Parlament – ist die politische Debatte in den letzten Jahren (nicht erst seit der Corona-Pandemie) durch eine zunehmende Polarisierung gekennzeichnet. Das gilt für politische Parteien ebenso wie für die Wählerinnen und Wähler. Schwarz-weiß-Denken, die zunehmende Attraktivität vermeintlich einfacher Erklärungen (auch mittels Verschwörungstheorien) und die möglichste Skandalisierung des Tuns des jeweils anderen – eine differenzierte Betrachtungsweise bleibt dabei auf der Strecke. Statt Individuen für deren Verfehlungen (zu Recht) zu kritisieren und den Gesetzen entsprechend zu bestrafen, werden Kollektive (die Muslime, die Politiker, die Experten etc.) einer Pauschalverdächtigung und –verurteilung ausgesetzt, Hinweise auf das Prinzip des Rechtsstaats als „Gutmenschentum“ denunziert.

Der Vertrauensverlust schlägt sich in Zahlen nieder: Für 58 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher funktioniert laut „Österreichischem Demokratie Monitor 2023“ das politische System weniger bis gar nicht gut. Insbesondere das untere Gesellschaftsdrittel fühlt sich nicht repräsentiert. 21 Prozent der Bevölkerung plädieren für eine Regierung der besten Köpfe, die ohne Regierung entscheiden kann, elf Prozent hätten nichts gegen eine „Diktatur auf Zeit“ Tatsächlich stehen Antworten auf große Probleme

an: der menschengemachte Klimawandel, die Finanzierbarkeit künftiger Pensionen, der Personalmangel im Gesundheits- und Pflegebereich, eine umfassende Staatsreform, die die Aufgaben zwischen den Ebenen sinnvoller und effizienter verteilt, die vielbeschworene „Bildungskrise“ usw. Maßnahmen bleiben oft kosmetische Interventionen. Nicht zuletzt deshalb besteht bei vielen der Wunsch nach etwas „Neuem“ – so diffus die Vorstellungen darüber auch sein mögen. Vor diesem Hintergrund wird eine



Wo soll es hingehen? Die Parteien bieten unterschiedliche Konzepte für die Zukunft an.



Alle Parteien rittern um Plätze im Haus am Ring

in der österreichischen Geschichte noch nie dagewesene Vielfalt an Parteien auf dem Stimmzettel zu finden sein:

Die ÖVP versucht sich als beständiger Faktor in der „Mitte“ zu positionieren. 38 Jahre ununterbrochene Regierungsbeteiligung können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr, vor allem seitdem maßgeblich von ihr betriebenen Beitritt zur EU, die großen Narrative abhandlungsgeworden sind: Von den Forderungen anderer ein bisschen weniger ist auf Dauer ein bisschen weniger. Das eine christdemokratische Partei es auch anders kann, beweist die CDU. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die ÖVP wieder in der nächsten Regierung sitzen – mit wem, wird von der Platzierung am Wahltag abhängen.

Ein „typisches ÖVP-Schicksal“ durchlebt seit einiger Zeit die SPÖ: Interne Machtkämpfe zwischen nostalgischen Parteilinken und pragmatischen „Realos“

beherrschen die Schlagzeilen. Eine (wie immer geartete) Neupositionierung links der Mitte ist nicht greifbar. Statt sich den eingangs erwähnten Problemen zu widmen, echte soziale Schieflagen zu bekämpfen, widmet sie sich lieber zeitgeistigen Nischenthemen wie „gendersensibler“ Rechtschreibung oder identitätspolitischen Befindlichkeiten. Doch wie sagte schon die US-amerikanische Philosophin Susan Neiman: „Links ist nicht woke.“ Mehrheiten lassen sich damit nicht erlangen.

Als wahrscheinlichen Wahlgewinner weisen diverse Umfragen die FPÖ voraus. Sie ist die Partei des Protests: gegen Migration, gegen Einschränkungen zugunsten des Klimaschutzes, gegen Corona-Maßnahmen, gegen Politikerinnen und Politiker ganz allgemein. Aber nicht nur eingefleischte Klimaleugner und Impfgegner können sich für die Partei erwärmen. Selbst aus manchen „Refugees welcome“-Enthusiasten werden

bisweilen FPÖ-Sympathisierende, wenn die Kinder in eine Wiener Pflichtschule kommen. Tatsächlich benennt diese Partei Probleme so deutlich wie keine andere – doch statt realistisch umsetzbare Lösungen anzubieten, befeuert sie Ressentiments mit dem Ziel der Stimmenmaximierung. Sieht so ein Konzept für die Zukunft aus?

Die Grünen – eigentlich müsste ihnen die Themenlage (spürbare Folgen des Klimawandels, fortschreitende Bodenversiegelung) in die Hand spielen – haben ihre „Unschuld“ in der Regierungsverantwortung verloren. Ihre Rolle als Empfänger „exkulpierender“ Stimmen wohlhabender Libertärer mit SUV und Penthouse dürfte – zumindest stellenweise – die KPÖ übernommen haben. Letztere betreibt prononcierte Politik für der Hilfe Bedürftige – fragt sich nur, warum unter der historisch bedenklichen, toxischen (© Wolfgang Schüssel) Marke „kommunistisch“?

Von den NEOS ist vor allem bekannt, dass sie mitregieren wollen, worauf sie keine schlechten Chancen haben. Ihre Kernmarken sind Bildung und Europa, verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur Wahrnehmung von Verantwortung in der Welt. Sie stellen quasi die Antithese zur hierzulande beliebten „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“-Haltung dar. Unsicher bleibt, ob die Ausrichtung eher wirtschafts- oder eher gesellschaftsliberal dominiert wird.

Reelle Chancen auf den Einzug in den Nationalrat werden auch der Bierpartei zugestanden – eine Partei ohne klares Programm, die davon lebt, anders zu sein. Solche Erscheinungen gab es auch anderswo, zum Beispiel den Movimento 5 Stelle des Komikers Beppe Grillo, der zeitweise sogar den italienischen Ministerpräsidenten – übrigens in

einer Koalition mit der rechtspopulistischen Lega Nord – stellte. Ist davon etwas Nachhaltiges geblieben?

Die Würfel fallen am 29. September diesen Jahres. Egal ob etablierte Partei oder junge Bewegung: Die Herausforderungen an die nächste österreichische Bundesregierung sind mannigfaltig (siehe oben). Dabei sollte auch eine umfassende Staatsreform – wie sie bereits im Rahmen des gescheiterten Verfassungskonvents angestrebt wurde – nicht tabu sein. Realpolitisch ist die Zweite Republik – die sie prägenden Parameter und politischen Kräfte – bereits zu Ende gegangen. Der Begriff „Dritte Republik“ ist nachweislich älter und vielfältiger als Jörg Haiders Allmachtsphantasien der 1990er Jahre (an die sich Jüngere ohnehin nicht mehr erinnern können). Wäre ein solches Projekt – ins Positive

gewendet – nicht wert, zum neuen verbindenden Narrativ aller konstruktiven Kräfte unseres Landes zu werden?



PROF. MAG. CHRISTIAN MERTENS (DMW)

Historiker, wirkt seit 1999 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wienbibliothek im Rathaus. Er ist Mit- und Alleinkurator mehrerer Ausstellungen sowie Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, u. a. Mitherausgeber des biennalen „Jahrbuchs für politische Beratung“.

Rollen-/Bogenoffsetdruck
Werbemittlung/beratung
Verlagsproduktionen
Projektmanagement



Kompetenz seit 1997



DEINE VERBINDUNG ZUM DRUCK

KNY & PARTNER
Christoph R. Kny v. Grizzly
TuM! FbM! Rg!

c.r.kny@knyundpartner.com
0043 676 310 67 14

„ICH ARBEITE ALS VERTEIDIGUNGSMINISTERIN IN MEINEM TRAUMBERUF“

Seit Jänner 2020 ist Klaudia Tanner die erste Bundesministerin für Landesverteidigung in Österreich. Mit dem Couleur hat sie über die Bedeutung des österreichischen Bundesheers, geopolitische Entwicklungen, den Zivildienst und ihre eigenen Zukunft gesprochen.



Verteidigungsministerin Tanner im Gespräch mit dem Couleur.

© MATTHIAS DOLENC

Die Arbeit als Verteidigungsminister stelle ich mir abwechslungsreich, aber auch sehr intensiv vor. Wie sieht bei dir ein typischer Arbeitstag aus? Was motiviert einen in dieser Position?

Jeder Tag ist anders. Das Einzige, was gleich ist, ist, dass man früh beginnt und sehr, sehr spät ins Bett kommt. Es ist eine großartige Aufgabe, aber natürlich auch herausfordernd. In den letzten Jahren hat sich einfach sehr vieles getan hat. Nicht nur die geopolitische Situation, die

Rückkehr des Krieges, die Reform des Bundesheeres, neue Anschaffungen, etc. Wir haben unglaublich viel bewegen können und genau das macht es jeden Tag so spannend.

Du bist Österreichs erste Verteidigungsministerin. Macht sich das in der täglichen Arbeit bemerkbar? Und wie steht es generell um Frauen beim Bundesheer?

Für mich macht es keinen Unterschied, ich war in sehr vielen

meiner vorherigen Aufgaben auch immer die erste Frau. Das war auch durchaus ein Anspruch an mich, als erste Frau wo zu wirken und den nächsten Generationen zu zeigen, was man alles erreichen kann. Auch im Bereich „Frauen beim Bundesheer“ haben wir einiges bewegt. Frauen dürfen ja erst seit dem 1998 zum Heer, das große Potential haben viele meiner Vorgänger aber nicht erkannt. Wir haben zum Beispiel die Stellung für Frauen reformiert, es gibt den freiwilligen

Grundwehrdienst für Frauen und in meiner Amtszeit habe ich die ersten Frauen in Kommandantinnenfunktionen bestellt. Viel haben wir in eine positive Richtung verändern können, dem muss aber auch noch einiges folgen.

Der MKV ist Österreichs größter Schüler- und Schulabsolventenverband. Der Großteil unsere jungen Mitglieder geht nach der Matura zum Bundesheer. Warum braucht es aus deiner Sicht einen Präsenzdienst und welche Gründe sprechen für die Wahl: Grundwehrdienst?

Die Grundwehrdiener sind die Basis für alles. Egal, ob wir jetzt von den Berufssoldaten sprechen oder in Folge von der Miliz. Es ist eine besondere Aufgabe, sich in den Dienst des Staates zu stellen, am Ende auch unsere Grundwerte zu verteidigen.

Man erlebt Kameradschaft auf eine ganz besondere Art und Weise. Das Bundesheer ist ein unglaublich integratives Element, weil aus verschiedenen Gesellschaftsschichten Menschen zusammenkommen und Freundschaften entstehen. Noch dazu ist das Bundesheer extrem vielfältig, Militärmusik, Militärpolizei, Luft- und Landstreitkräfte und vieles mehr. Am besten unter <https://karriere.bundesheer.at/> erkunden was es alles gibt.



Immer mehr Männer zieht es zum Zivildienst, wie siehst du diese Entwicklung?

Wir brauchen natürlich beides. Aber als Verteidigungsministerin - und gerade in Zeiten wie diesen - bemühe ich mich darum, dass sich möglichst viele für das Bundesheer entscheiden. Die Entscheidung, warum sich wer für das eine oder andere entscheidet, das schauen wir uns sehr genau an. In Vorarlberg etwa entscheidet sich die Mehrheit für den Zivildienst. Vor welchem Hintergrund? Sehr wenige haben die Möglichkeit, den Grundwehrdienst in Vorarlberg abzuleisten, da sagen dann viele: Ich entscheide mich für den Zivildienst, dann kann ich in Vorarlberg bleiben. Aber daneben gibt es auch eine andere Herausforderung. Die Zahlen gehen allgemein zurück, auch beim Zivildienst. Etwa, weil viele nicht tauglich sind. Das betrifft den körperlichen Teil, aber auch den psychischen Gesamtzustand. Mit dem Thema „Untauglichkeit“ haben wir uns gleich am Beginn meiner Amtszeit beschäftigt und hier die Teiltauglichkeit eingeführt.

Das Bundesheer investiert einiges in Werbemaßnahmen und Marketing, ist bei Sportveranstaltungen und auf Social Media sehr aktiv. Wie zeigt sich der Erfolg solcher Maßnahmen?

Wir haben einen Aufbauplan bis zum Jahr 2032 und darüber hinaus und mit der „Mission Vorwärts“ ein ganz klares Ziel, wo wir wie überall investieren. Es braucht ein attraktives Heer und genau daran arbeiten wir und drehen an vielen Schrauben. Wir haben viel in neue Ausrüstung investiert, in große Geräte ebenso wie in neue Uniformen.

Und wir sind mit unseren Informationsoffizieren ständig unterwegs.

An Schulen, bei Angelobungen, auf Messen und auch viel beim Sport. Wir nutzen diese Möglichkeiten, überall dort, wo man junge Leute trifft, für das Bundesheer Werbung zu machen. Das ist gut geplant und wird in allen Bundesländern erfolgreich umgesetzt. Dabei schauen wir sehr zielgerichtet, wo was Sinn macht. Etwa Anwerbung von Sportlern, die dann etwa als Heeressportler aktiv sein können. Oder die Präsenz des Jagdkommandos auf Outdoor-Messen. Viele kleine Bausteine, die gut ineinandergreifen.

Viele MKVer sind in der Miliz tätig. Welchen Stellenwert hat diese für das Bundesheer?

Das war sehr schwierig, als ich damals begonnen habe, weil die Miliz nicht so gesehen wurde, wie sie in der Verfassung eigentlich vorgesehen. Wir haben daher mit dem Milizbeauftragten Generalmajor Erwin Hameseder ein erstes Milizpaket mit über 200 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das ist mittlerweile auch schon umgesetzt, auch in den verschiedensten Bereichen von der Mobilität über die Ausrüstung und Ausstattung.

Rund um den Milizbeauftragten haben wir zudem ein eigenes Büro, das sich sehr intensiv damit beschäftigt. Ich glaube, wir sind in den Köpfen schon einen Schritt weiter als früher. Es kommt immer mehr an, dass das Bundesheer EINES ist, und Miliz und Berufssoldaten keine nur nebeneinander existierenden Körper.

Wenn man in der Geschichte zurückschaut, ist es auch erklärbar, warum man auf die Miliz eine Zeit lang überhaupt nicht geschaut hat. So wie generell aufs Bundesheer. Man hat sich vor der Volksentscheidung im Jahr 2013 auf anderes



Das Verteidigungsministerium ist großteils in der Wiener Rossauerkaserne untergebracht.

© MATTHIAS DOLENC

konzentriert und wollte vielerorts ein reines Berufsheer. Die haben dann gesagt: Miliz brauchen wir eigentlich gar nicht. Aber ich glaube, da haben wir hier sehr viel bewegt. Budgetär und auch was die Werbemaßnahmen anbelangt, wir haben sehr viele der sozialversicherungsrechtlichen Ungerechtigkeiten, die es gab, beseitigen können. Das ist ein Bereich, wo wir durchaus auf einem guten Weg sind.

Neben Personalfragen begleiten das Bundesheer seit Jahrzehnten Diskussionen über Kosten, Budget und Investitionen. Die geopolitische Lage hat hier in jüngerer Vergangenheit Prioritäten verändert. Welche Entwicklungen machst du hier aus? Und wie gut sind Österreich und sein Heer auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet?

Es ist zutreffend, wenn gesagt wird, dass der Krieg auf unseren

Kontinent zurückgekehrt ist. Die Art und Weise, wie er geführt wird, zeigt, dass unsere Entscheidung richtig gewesen ist, im Bereich der schweren Waffen wie etwa bei den Panzern nachzurüsten. Er findet aber auch im Cyberbereich statt. Das steht außer Frage. Wir haben im Cyber-Defense-Bereich sehr viel an Nachholbedarf. Darum werden wir in nächster Zeit in den gesamten Bereich eine Milliarde Euro investieren. Was dabei auch wichtig ist, ist das passende Personal zu bekommen. Mithalten zu können mit dem, was in diesem Bereich in der Privatwirtschaft bezahlt wird, das ist sehr herausfordernd. Daher haben wir einen eigenen Lehrgang an der Militärakademie ins Leben gerufen, die ersten Absolventen werden jetzt fertig. Wichtig ist hier auch die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts. Stichwort Unterscheidung von „Cybercrime“

und Cyber-Defense“. Hier kooperieren wir eng mit dem Innenministerium, auch da wurde stark nachgerüstet. Wir beschäftigen uns intensiv mit den Herausforderungen. Dazu haben wir auch ein Risikobild erstellt, in dem Experten ein fundiertes Bild der aktuellen und zukünftigen Bedrohungen darstellen. Da kann ich jedem auch einen Blick empfehlen auf <https://verteidigungspolitik.at/>.





Tanners Büro ist mit Bildern vergangener MilAk-Absolventen dekoriert.

© MATTHIAS DOLENC

Ein auch im MKV breit diskutiertes Thema ist Österreichs Neutralität. Wie muss diese in Zeiten wie diesen gelebt werden?

Was oft vergessen wird, die Neutralität allein schützt uns nicht. Und was wir auch vergessen haben, kann in den verfassungsrechtlichen Regelungen nachgelesen werden: die Neutralität mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Da sind wir auf einem durchaus guten Weg. Wenn ich mir die einzelnen Krisenszenarien anschau, egal ob im Nahen Osten oder die furchtbaren Bilder aus dem Ukraine-Krieg, dann weiß man: wir müssen uns auch vor dem beschützen, was uns aus der Luft bedroht. Und für mich ist es ehrlicherweise überhaupt nicht nachvollziehbar, wie man dagegen sein kann, dass wir uns gegen derartige Bedrohungen verteidigen. Darum bin ich auch sehr dahinter, dass wir

uns, so wie etwa die ebenfalls neutrale Schweiz, bei der European Sky Shield Initiative beteiligen. Alles andere ist verantwortungslos.

Abschließend ein Blick in die Zukunft. Welche Rolle wird das Heer zukünftig spielen - und persönlich: würdest du auch der kommenden Regierung gerne als Verteidigungsministerin angehören?

Unbedingt, das ist mein absoluter Traumjob, das ist mein Wunschressort. Am Ende des Tages entscheidet natürlich der Wähler. Den müssen wir davon noch überzeugen. Aber ich glaube gerade für den Bereich der Landesverteidigung haben wir schon gezeigt, dass wir einiges bewegt haben und auch in der Zukunft bewegen können. Wir haben aus meiner Sicht als einzige einen umsetzbaren Plan, um im Bereich Sicherheit und Verteidigung den Herausforderungen

unserer Zeit zu begegnen. Und wenn wir die Wähler überzeugt haben, freue ich mich sehr, wenn ich dieses wunderschöne Amt weiter ausüben darf.



KLAUDIA TANNER

ist seit 2020 die erste Bundesministerin für Landesverteidigung Österreichs. Die 1970 geborene Juristin war davor unter anderem Direktorin des niederösterreichischen Bauernbundes und Abgeordnete zum niederösterreichischen Landtag. Seit März 2017 ist zudem stellvertretende Landesparteiobfrau der Volkspartei Niederösterreich.

SPIELERISCH POLITISCHE BETEILIGUNG ERPROBEN

Die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments bringt jungen Menschen Demokratie und Parlamentarismus näher. Um für politische Partizipation zu begeistern, werden Schwerpunktthemen lebendig vermittelt.

„Was ist die Demokratiewerkstatt?“, werden sich wohl einige Leserinnen und Leser (hoffentlich) interessiert fragen. Die Demokratiewerkstatt ist eine Einrichtung des österreichischen Parlaments, das sich speziell an junge Menschen im Alter von acht bis 19 Jahren richtet und ein unterrichtsergänzendes Angebot rund um Fragen zu Demokratie und Co anbietet. Den Teilnehmenden werden dabei in Präsenz- und Online-Werkstätten interaktiv die Themen Demokratie, Parlamentarismus und Verfassung vermittelt. Dieses Angebot haben bisher bereits fast 150.000 Schülerinnen und Schüler konsumiert.

Physisch im Obergeschoß des frisch renovierten österreichischen Parlaments an der Wiener Ringstraße angesiedelt, versuchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments spielerisch Wissen zu vermitteln. Das große Spektrum an Schwerpunkten möchte dabei unterschiedliche Interessen und Zugangsweisen altersadäquat abdecken. Dabei stehen die Grundsätze der Demokratie und parlamentarischen Abläufen im Vordergrund. Darüber hinaus werden wichtige Grundlagen für die politische Partizipation vermittelt, teilnehmende Kinder und Jugendliche sollen lernen, sich selbst als aktive Teile und Akteure im demokratischen System zu positionieren. Besonderes

Augenmerk wird laut Parlament auf eine ambitionierte didaktische Vermittlung sowie Nachhaltigkeit gelegt.

DI E WERKSTÄTTEN

Möchte man das Programm in Anspruch nehmen, stehen einem interaktive Werkstätten mit unterschiedlichen Themen und Inhalten zur Verfügung:

Werkstatt Parlament: Der Weg eines Gesetzes

Wie entsteht eigentlich ein Gesetz? In Form einer interaktiven „Expedition“ durch den Ort der Bundesgesetzgebung kann diese nachvollzogen werden: man beleuchtet die Abläufe, die in den Ausschüssen, in Nationalrat und Bundesrat passieren und die wichtigsten Stadien des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens abbilden. Somit wird für die Teilnehmenden der Ablauf der Gesetzgebung selbst erfahrbar gemacht.

Werkstatt Medien: Wie informiere ich mich?

In der Medien-Werkstatt dreht sich alles um den Umgang mit Medien, ihre bedeutende Rolle in der Demokratie, um Meinungsbildung und Informationsverarbeitung. Die Teilnehmenden lernen dabei

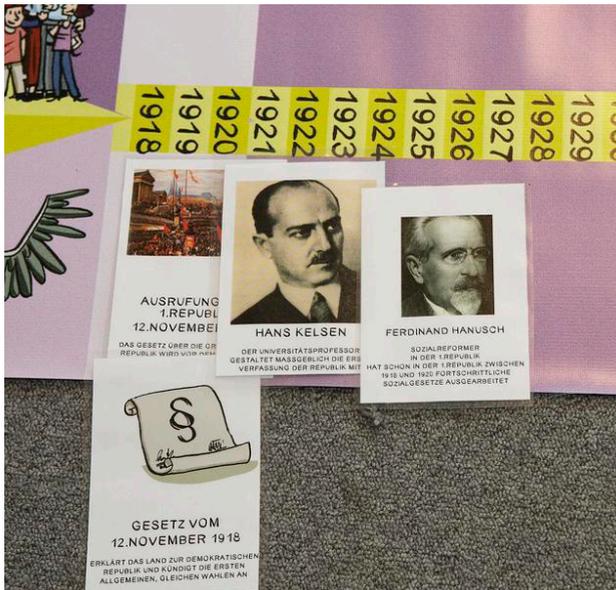
die verschiedenen Arbeitsschritte und Aufgaben kennen, die zu einem Medienbericht führen: vom Auftrag über Recherche, Redaktion bis zur technischen Verarbeitung eines Berichts.

Werkstatt Politiker:innen: Wer vertritt mich im Parlament?

Für wen sind die Gesetze da? Können Gesetze verändert werden? Und was hat das Parlament damit zu tun? Junge Menschen beschäftigen sich in dieser Werkstatt mit den Grundlagen der Gesetzgebung, der Gewaltentrennung und der Arbeit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Unterstützung bekommen sie dabei von Nationalratsabgeordneten oder Mitgliedern des Bundesrats persönlich, die die Jugendlichen bei ihren Rechercheaufträgen beraten und ihre eigenen Erfahrungen einbringen.

Werkstatt Partizipation: Meine Meinung zählt!

Mitbestimmung – wie geht das? Wie werden gemeinsam Entscheidungen getroffen und wie geht man mit anderen Meinungen um? Die aktive Mitgestaltung von Entscheidungsprozessen und der Wert von Vielfalt in einer Demokratie stehen im Mittelpunkt dieses Workshops.



In verschiedenen Werkstätten wird spielerisch gearbeitet.

© PARLAMENTS DIREKTION MIKE RANZ



Die Demokratiewerkstatt hat ihre Heimat unter der opulenten Glaskuppel gefunden.

© PARLAMENTS DIREKTION JOHANNES ZINNER

Werkstatt Zeitreise: Die Republik erforschen

Themen, die die Entwicklung der Republik Österreich von 1918 bis heute prägten, werden in Kleingruppen erarbeitet und zu einem großen historischen Ereignisbogen der I. und II. Republik zusammengefügt. Man geht Fragen nach, wie: „Wie wurde die Republik gegründet?“, „Was war der Kalte Krieg“ oder „Wie wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union?“

Werkstatt Europa: Die Europäische Union kennenlernen

Wie und warum ist die Europäische Union entstanden? Was passiert im EU-Parlament? Welche Auswirkungen haben die Entscheidungen in der Europäischen Union auf den eigenen Lebensbereich? Wie kann ich diese mitgestalten? Auf diese und ähnliche Fragestellungen gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Werkstatt Europa ein.

Werkstatt Neue Medien: Meine Rolle und Verantwortung

Das Internet ist heutzutage ein bedeutender und für viele täglich genutzter Informationsraum, in dem sich mittlerweile fast alle von uns nicht nur auf Konsumentinnen- und Konsumentenseite, sondern auch als produzierende Kräfte von Informationen bewegen. Das hat Auswirkungen auf den eigenen Lebensbereich, auf die Gesellschaft und damit auch auf unsere Demokratie und deren Ausgestaltung.

DIE ONLINE-WERKSTÄTTEN

Mit der Entwicklung und Etablierung der Online-Werkstätten wird

seit 2020 Schulklassen aus ganz Österreich die Möglichkeit geboten, direkt vom Klassenzimmer aus an einer Werkstatt teilzunehmen. Hier haben Schülerinnen und Schüler in drei verschiedenen Werkstätten die Gelegenheit den Weg der Gesetzgebung im Parlament erforschen, sich mit der Rolle der Medien in einer Demokratie befassen oder Abgeordneten zum Nationalrat sowie Mitgliedern des Bundesrats live Fragen zu stellen.

Autor: Benedikt Neumayer in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament

Wer Interesse an einem Besuch der Demokratiewerkstatt hat, kann sich gerne an das Buchungsteam wenden.

Telefonisch unter +43 1 401 10-2930 oder per Mail an demokratiewerkstatt@parlament.gv.at

WOZU ÜBERHAUPT WÄHLEN GEHEN?

EIN AUSFLUG IN DIE IDEENGESCHICHTE ZU DEN PROS UND CONS DER DEMOKRATIE

Österreich ist eine Demokratie. Dass die Bürger in unserem Land wählen gehen dürfen ist ein grundlegendes Recht. Die Menschen wählen ihre politischen Vertreter und bestimmen mittels Stimmabgabe, welche Personen und welche Parteien die Politik in Österreich und Europa gestalten sollen. Man wählt damit die nähere oder mittlere Zukunft der Ausrichtung des Gemeinwesens. Also: welche Gesetze gemacht werden, welche Werte wichtig sind, wie die Gesellschaft im Großen (und teilweise auch im Kleinen) aussehen soll.

Aber ist es unbedingt nötig, dafür eine Demokratie zu haben? Ist Demokratie nicht vielmehr – und das hört man sehr oft – eher ein „lahmes Vehikel“, ein „starrer Koloss“, ein „korrupter Haufen“ und es ändert sich ohnehin nichts, solange „die da oben am Trog“ sitzen? Wäre nicht eine aufgeklärte Diktatur, eine Meritokratie oder eine von der organisierten Politik abgewandte „positive Streitgesellschaft“, in der wir uns alles direkt aushandeln, nicht besser, freier, effizienter? Man merkt schon, es gibt viele Meinungen wie ein Gemeinwesen aufgebaut und eine Gesellschaft funktionieren sollte. Allen gemeinsam ist jedenfalls, dass es ohne eine gewisse Form von Politik/politischem Verkehr nicht geht. Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Politik ist nämlich von grundlegender Bedeutung für das Funktionieren eines größeren Gemeinwesens. Es ist ein komplexes Zusammenspiel zwischen den Individuen einer Gesellschaft und den Institutionen, die für die Regelung und Organisation des Zusammenlebens verantwortlich sind. In diesem Text werde ich einige Aspekte

dieses Verhältnisses beleuchten, um das Verständnis zu vertiefen.

Das Wort „Demokratie“ kommt aus dem Griechischen und heißt „Herrschaft des Volkes“. In Griechenland gab es schon vor mehr als 2500 Jahren erste Formen der Demokratie. Sie ist eine politische Idee, die auf der Vorstellung basiert, dass alle Bürger eines Staates das Recht haben, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und politische Macht auszuüben. In der Antike spielte die Demokratie eine zentrale Rolle in den politischen Systemen verschiedener griechischer Stadtstaaten wie Athen. Hier entstand die Vorstellung einer direkten Demokratie, in der alle Bürger direkt an politischen Entscheidungen teilnehmen konnten. Diese Vorstellung war eng mit der Idee verbunden, dass politische Macht vom Volk ausgeht und auf dem Glauben an die Gleichheit der Bürger beruht. Alle Bürger waren berechtigt am politischen Leben der Polis mitzuwirken und das Leben im Stadtstaat zu bestimmen. Damals waren das allerdings kaum mehr als 10% der Bevölkerung. Kinder, Frauen,

Sklaven, Fremde, waren von allen diesen Rechten ausgeschlossen. Ähnlich war es auch teilweise im antiken Rom, wo die Bürger ihre Senatoren wählten, die dann die Geschicke des Volkes bestimmten, wenn nicht gerade wieder ein Kaiser absolut herrschte.

Später, im Mittelalter, geriet die Demokratie für einige Jahrhunderte in den Hintergrund. Die Idee der göttlichen Herrschaft, die die weltliche bestimmte prägte das politische Denken dieser Zeit und führte wieder zu autoritären Herrschaftsstrukturen. Erst mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert erlebte die Demokratie eine Renaissance.

Philosophen wie John Locke und Jean-Jacques Rousseau entwickelten die Idee der modernen Demokratie weiter und betonten die Bedeutung von Bürgerrechten und politischer Partizipation. Locke formulierte die Idee der Gewaltenteilung und der Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, während Rousseau die Vorstellung einer

sozialen Vertragsordnung und der Souveränität des Volkes prägte.

Im 19. und 20. Jahrhundert erlebte die Demokratie eine weitere Entwicklung und Ausdifferenzierung. Die Idee der repräsentativen Demokratie setzte sich durch, bei der gewählte Vertreter im Namen des Volkes politische Entscheidungen treffen. Gleichzeitig wurden die Bürgerrechte weiter gestärkt und die Bedeutung von politischen Institutionen wie dem Parlament und dem Rechtsstaat betont.

Die Demokratie ist also ein dynamisches, sich oft änderndes Konzept, das ständig neu interpretiert und an aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden muss. Heute steht sie weltweit vor neuen Herausforderungen, wie der Globalisierung (brauchen wir überhaupt noch die Ebene Nationalstaat?), dem Aufstieg autoritärer Regime (die einfacher und rascher funktionieren) und der Veränderung politischer Kommunikation durch das Internet (Brauchen wir noch politische Stellvertreter oder sollen wir nicht alle übers Netz über alles selber abstimmen?). Dennoch bleibt die Idee der Demokratie als Grundprinzip westlicher Gesellschaften unverzichtbar und wird weiterhin als Mittel zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Teilhabe verstanden.

Was alle diese demokratischen Systeme durch die Geschichte hindurch eint, ist die Wahl. Die Wahl von Volksvertretern. Die Bürger haben die Möglichkeit, ihre (professionellen) Vertreter einzusetzen. Die, die ihnen am besten zu Gesicht stehen, die, die am meisten Meriten erworben haben, oder die, die ihnen am geeignetsten erscheinen. Organisiert ist dies in syndikalen Strukturen, den Parteien, wo sich



Griechenland gilt als die Wiege der Demokratie.

Vertreter einer Wert- und Geisteshaltung zusammenfassen und gemeinsam an der Umsetzung von Zielen arbeiten. In einer Partei gibt es auch unterschiedliche Herangehensweisen und manche stehen nicht in Akkordanz mit dem demokratischen System, dem sie vorgeben zu dienen.

Dies hat in der Geschichte oft zu gegenteiligen Entwicklungen geführt, die in autoritären Regimen, Diktaturen oder Chaos endeten. Daher stellt sich durch die ganze Geschichte und auch heute wieder die Frage, warum sollen wir überhaupt wählen gehen, wenn der Grad der Mitbestimmung unsicher, kurzfristig und nur sehr klein ist?

In der Tat gibt es viele solche vorgefassten (meist haltlosen) Begründungen, warum Menschen nicht wählen gehen sollten. In der ersten geht es um die Person des Politikers: Die „kümmern sich ohnehin nicht um die Bedürfnisse der Bürger. Sie sind korrupt, selbstsüchtig und arbeiten nur für ihre eigenen Interessen und die ihrer Mäzene“ ist der Tenor. Warum also sollte

man seine Stimme für jemanden abgeben, der sich ohnehin nicht für das Wohl der Gesellschaft einsetzt? Die zweite Begründung stellt sich gegen die Technik, gegen das System: „Das Wahlsystem ist manipuliert und undemokratisch. Die Wahlen sind vorherbestimmt und dienen nur dazu, den Schein einer Demokratie aufrechtzuerhalten“, wird hier ins Feld geführt. Und wir sehen durchaus, dass manchmal die großen Parteien so viel Macht und Einfluss haben bzw. von den Medien viel stärker als die kleinen wahrgenommen und gefördert werden, dass kleine Parteien und unabhängige Kandidaten keine Chance haben, gewählt zu werden. Drittens, das ist das „Trägheitsargument“: das Wählen kostet Zeit und Mühe. Die Diktion dazu ist: „Warum sollte man seine wertvolle Zeit damit verschwenden, für jemanden zu stimmen, der sowieso nichts ändern wird? Es ist besser, sich auf andere, effektivere Wege zu konzentrieren, um Veränderung zu bewirken.“ Hier stellt ein Teil nicht bloß auf die Faulheit der Menschen ab, sondern oft durchaus auf Aktionismus, von passivem



Ertls Appel: Geht zur Wahl und bestimmt mit!

Widerstand (Nichtwähler) über aktives Engagement (Petitionen, Aktionen der „Letzten Generation“, etc.) bis hin zur echten Staatsgefährdung (Rechts- bzw. linksextremistische Gruppen, „Reichsbürger“, etc.).

Diese negativen Zugänge rekrutieren sich aus dem Verständnis, dass die Gesellschaft entweder ohnehin ungerecht aufgebaut ist und/oder dass es Freiheit nur gibt, wenn man sie sich selber nimmt. Argumentativ speist sich unser Demokratieverständnis aus genau diesen zwei Traditionen, einer liberalen mit dem Hauptwert „Freiheit“ und einer sozialen mit dem Hauptwert „Gleichheit“. Man könnte mit Chantal Mouffe argumentieren, dass dies grob dem Gegensatz von rechts und links entspricht. Zwischen diesen beiden Werten gibt es eine unlösbare Spannung: Völlige Freiheit und völlige Gleichheit können nicht zusammen bestehen. Darum wird immer ein Moment das andere dominieren, ihr Verhältnis muss immer wieder neu

ausgehandelt werden. Einflussreiche politische Philosophen wie John Rawls haben argumentiert, dass Gerechtigkeit in einer Gesellschaft nur erreicht werden kann, wenn die Grundrechte und -freiheiten jedes Einzelnen respektiert werden und wenn die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede so geregelt werden, dass sie allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Dieser Ansatz betont die Bedeutung von Fairness und Ausgewogenheit in der politischen Entscheidungsfindung und zeigt, dass die Politik nicht nur die Interessen der Mehrheit, sondern auch die Rechte der Minderheiten schützen muss.

All die vorher geäußerten Bedenken, dass die Abgabe der Stimme entweder der Korruption, oder der Machtanhäufung dienen, beziehungsweise ob sie überhaupt unnötig sind, entspringen nicht aus dem Nirvana. Es gibt für alle diese Argumente durch die Geschichte hindurch (und auch heute, wenn man auf Russland, China oder

Iran schaut) beobachtbare Beispiele. Aber erst wenn die Wahl gestellt wird, erst wenn jeder einzelne Bürger sich auch einbringen kann, kann – zumindest für den Moment – ein Abdriften in diese Verhältnisse verhindert werden. So ist die Demokratie in ihrer Positivdefinition das Mitwirken Aller Bürger am Gemeinwesen, in ihrer Negativdefinition die letzte Bastion gegen Autokratie, Unterdrückung und Diktatur. In der Auseinandersetzung zwischen Liberalem und Sozialem, dem Zweipol „Freiheit – Gleichheit“, liegt unsere Gestaltungsmöglichkeit, um gut miteinander die Zukunft gestalten zu können. Deshalb ist es wichtig, sich der Gefahren bewusst zu sein, die es mit sich bringt, nicht wählen zu gehen. Nur wenn man sich aktiv am Gemeinwesen beteiligt und wählen geht, kann sich etwas weniger Gutes zu Guten ändern oder das bestehende Gute im Staat bestehen bleiben.

Also: Geht wählen!



**DR.
PAUL ERTL
(TEW)**

*ist promovierter Philosoph.
Er leitet das Department
für Innere Ordnung an der
Landesverteidigungsakademie
in Wien.*

COULEUR

MKV 

04/2024

IM WINTER
IN DEINEM
BRIEFKASTEN!



SONDERTHEMA:
KULTUR



DEINE VERBINDUNG ZUM COULEUR: couleur@mkv.at / inserate@mkv.at



Studieren in Salzburg. Wohnen im Paris-Lodron.

Im Herzen der Stadt. Leistbar.

Frisch renoviert bis Herbst 2023 warten
top-moderne Garçonnières auf Dich.
Natürlich ausgestattet mit Bad und Küche.

Abchecken. Einchecken.

heimplatz@lodronia.at
+43 664 43 28 253



Studentenheim Paris-Lodron  Das Haus der K.S.H.V. Lodronia

 **HIER**
KÖNNTE
DEINE
WERBUNG
STEHEN

MELDE DICH UNTER:
inserate@mkv.at

„DAS WICHTIGSTE IST DIE KUNDENORIENTIERUNG“

Seit 2011 ist Günther Ofner im Vorstand des größten heimischen Flughafens. Mit dem Couleur-Magazin hat er über die Geschichte und zukünftige Entwicklung des Vienna International Airport, aber auch seine Tipps für die persönliche Entwicklung gesprochen.

Der Flughafen Wien feierte vor kurzem seinen siebzigsten Geburtstag. Was waren aus deiner Sicht die großen Meilensteine der Flughafen-Geschichte?

Der Start vor 70 Jahren war sehr bescheiden. Die britische Royal Airforce Station wurde noch in der Besatzungszeit an Österreich als Zivilflugplatz übergeben, im ersten Jahr gab es 40 Beschäftigte und nur rund 60.000 Passagiere. Seither wurde unser „Tor zur Welt“ schrittweise ausgebaut, mit einer neuen zweiten Piste, dem Gang an die Börse, dem höchsten Tower Europas (Anmerkung: 108 Meter), einem neuen Terminal 3 und vielen neuen Unternehmen. Mehr als 250 Unternehmen sind heute am



DR. GÜNTHER OFNER (QIG)

geboren 1956 in Rohr im Burgenland, ist erfolgreicher Manager und seit 2011 Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG. Der promovierte Jurist und ausgezeichnete Professor ist zudem Aufsichtsratsvorsitzender der Austro Control sowie der Österreichischen Beteiligungs AG.

Flughafengelände tätig und beschäftigten mehr als 23.000 Menschen. Und es wird weiter kräftig gebaut, vor allem an der Terminal-Süderweiterung. Diese ist rund 70.000 m² groß und rund 420 Millionen Euro teuer. Das Unternehmen hat sich zuletzt gut entwickelt, wir werden 2024 beim Umsatz die Milliardengrenze überschreiten. Unser Börsenwert liegt bei rund 4,3 Milliarden Euro. Zur Einordnung: Das ist nur knapp weniger als der um ein Vielfaches größere Flughafen Frankfurt.

Die Zahlen sind durchaus beeindruckend: 60 Airlines, 67 Destinationen und rund 30 Millionen abgefertigte Passagiere pro Jahr. Was braucht es, um diese Werte zu erreichen und wie führt man erfolgreich einen Flughafen?

Das Wichtigste ist die Kundenorientierung. Als Dienstleistungsunternehmen geht es darum, ein angenehmes Reiseerlebnis zu schaffen und durch hohe Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Kosteneffizienz für möglichst viele Airlines und Mieter attraktiv zu sein. Das motivierte Team, das das möglich macht, besteht aus mehr als 6000 Flughafen-Mitarbeitern. Ihre Arbeit ist an unseren Werten ausgerichtet: Kundenfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Respekt, Professionalität und Nachhaltigkeit.

Welche Pläne gibt es, um den Flughafen als beliebtes Drehkreuz im Herzen des Kontinents in eine erfolgreiche Zukunft zu führen?

Wir bauen den Terminal weiter aus, bemühen uns um neue Langstreckenverbindungen von Wien in die Welt, arbeiten am Projekt 3. Piste und erweitern die Airport City durch viele neue Betriebsansiedlungen. So eröffnet die European Space Agency das erste Phi-Lab am Flughafen Wien und produziert Enpulsion-Ionen-Triebwerke für Satelliten. Mit dem neuen Co₂-neutralen synthetischen Kerosin, das ab 2025 dem herkömmlichen Kerosin beigegeben wird, werden auch die Flugzeuge künftig ihren Co₂-Ausstoß verringern. Nur etwas 20 Prozent der heutzutage lebenden Menschen sind bisher in einem Flugzeug gesessen. Es wollen aber auch viele der restlichen 80 Prozent künftig fliegen, deshalb rechnen wir mit weiterem Passagierwachstum.

Vor kurzem hatten wir im Couleur Magazin das Thema „Europa“. Welchen Beitrag kann der Flughafen für ein „vereintes Europa“ leisten?

Die Reisefreiheit ist eine der wichtigsten Errungenschaften, aber auch, dass Fliegen heute für alle Menschen erschwinglich ist. Bis in die 1990er Jahre war Fliegen ein unerschwinglicher Luxus für



Der Flughafen Wien ist der größte heimische Airport.
© FLUGHAFEN WIEN AG



Über 250 Unternehmen sind am Flughafen Wien aktiv
© FLUGHAFEN WIEN AG

Wenige, das ist heute nicht mehr der Fall. Aber wir stehen in einem harten globalen Wettbewerb. Unseren Wohlstand, unser hohes Sozialniveau und unsere Freiheit, wie auch die Kosten der ökologischen Transformation, können wir nur in und mit einem gemeinsamen europäischen Markt sichern.

Während Reisen auf der einen Seite (Kultur)Verständnis schafft und den Horizont erweitert, geraten gerade Flugreisen in den vergangenen Jahren aus Klimaschutzaspekten immer wieder in einen negativen Fokus. Lässt sich ein Flughafen klimabewusst betreiben?

Ja, wir führen als Ergebnis eines seit Jahren systematisch aufgebauten Umweltmanagements unseren Betrieb bereits seit 2023 Co2-neutral und sparen rund damit etwa 60.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr ein. Unser Energieverbrauch ist um 40 Prozent niedriger, als noch vor zehn Jahren und wir erzeugen pro Jahr rund 45 Millionen Kilowattstunden Strom selbst mittels Photovoltaik.

Zu deiner Person: gemeinsam mit deinem Vorstandskollegen Julian Jäger gehörst du zu den „zweifellos erfolgreichsten Vorstandsteams unter

Österreichs Börse-Unternehmen“ (Zitat Kurier). Wir schauen deine Zukunftspläne aus?

Da wir mit dem fortschreitenden Terminalausbau, wie oben erwähnt einem stattlichen 420 Millionen



Für mich war der Beitritt zur Quisinia im Jahr 1972 die Öffnung eines Tors zu einer neuen Welt voller interessanter Chancen.

Dr. Günther Ofner

Euro-Projekt, aktuell in der Intensivbauphase stehen und die Fertigstellung für 2027 geplant ist, bin ich noch einige Zeit gut gefordert.

Du warst schon vor deiner Tätigkeit beim Flughafen Wien Schwechat in Vorstandspositionen, an der Universität und in Aufsichtsräten tätig. Was würdest du jungen Kartellbrüdern und Kartellschwestern raten, die deinem Vorbild folgen möchten?

Für mich war der Beitritt zur Quisinia im Jahr 1972 die Öffnung eines Tors zu einer neuen Welt voller interessanter Chancen. In der Verbindung, aber auch als Bundesschulsprecher und Bundesobmann der UHS, habe ich alles Entscheidende für mein späteres Leben gelernt und viele wichtige Freundschaften geknüpft. Was ist wichtig? Interesse an Gesellschaft und Politik, Leistungsbereitschaft, sich für die Gemeinschaft einsetzen, wichtige Anliegen gemeinsam mit engagierten Mitstreitern auch gegen Widerstand durchsetzen. Seinen eigenen Werten und Überzeugungen folgen und dem opportunistischen Zeitgeist zu widerstehen, aber auch bereit zu sein, ständig Neues zu Lernen.

Vielen Dank für das Gespräch.

WAS BEWEGT UNS IN EUROPA?

WAS FÜR EINE WENDE!

Das war bei vielen Beobachtern die erste Reaktion, als Joe Biden seinen Rückzug aus dem Präsidentschaftsrennen der USA bekanntgegeben hat. Bis kurz davor hat er wie der sichere Verlierer gewirkt. Sein Kontrahent und Vorgänger, Donald Trump, schien gar nicht viel richtig machen zu müssen – keine groben Schnitzer zu begehen hätte vermutlich ausgereicht. Der Rest ist bekannt: Die Demokraten haben stattdessen Vizepräsidentin Harris ins Rennen geschickt und bald danach haben sich die Umfragen zu drehen begonnen. Nun kann bis zum 5. November immer noch viel passieren, das Rennen ist nicht gelaufen – aber derzeit sieht es eher danach aus, als würde Trump hinterherlaufen.

Interessant wird es, wenn man den Ursprung dieses Umschwungs betrachtet. Die Ränder sind nämlich unbewegt, die haben ihren jeweiligen Kandidaten. Es ist die Mitte: Hier war Biden in der jüngeren Vergangenheit immer stärker bezweifelt worden. Er schien vergesslich, überanstrengt – in Summe zu wenig stabil, um dieses anstrengende Amt gut und verlässlich ausüben zu können. Im Vergleich dazu wirkte Trump nahezu agil.

Nun hat es sich umgedreht: Trump ist gute zwei Dekaden älter als

Harris, und neben ihr wirkt er tatsächlich physisch alt. Dass ihn das nervös macht, hat er gleich darauf mit einigen Attacken unter der Gürtellinie demonstriert. Genau das führt in der eben angesprochenen Mitte aber zu einer Entfremdung. Gutbürgerliche Wähler schätzen keine Untergriffe gegen Frauen, gegen Andersdenkende, gegen Minderheiten. Man muss auch in den USA nicht „woke“ oder Radikalfeminist sein, um vom Gepöbel des Ex-Präsidenten angewidert zu sein.

Hier zeigt sich eine Wasserscheide der Gesellschaft. Es ist offen, wie das Rennen um das Weiße Haus ausgeht. Ebenso ist offen, wer im kommenden Jahr am Ballhausplatz sitzen wird. Und es ist in Ordnung und legitim, nicht mit allem einverstanden zu sein, was in den vergangenen Jahren politisch passiert ist. Dennoch, und jetzt umso mehr, stellt sich die Grundsatzfrage, wie wir in der Gesellschaft vorangehen wollen. Sollen linke oder rechte Schreihälse dominieren, die es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, wenn sie die Massen emotionalisieren wollen? Sollen es die linken oder rechten Populisten sein, die vom aufgeheizten, feindseligen gesellschaftlichen Klima leben? Wollen wir Vernunft und Argumente völlig beiseiteschieben, weil

sie langweilig und nicht „entschieden genug“ scheinen, was aber den Preis hat, dass wir keine Lösungen mehr schaffen können?

Vor uns liegen riesige Aufgaben. Die Bewahrung der Wettbewerbsfähigkeit, die innere und äußere Sicherheit, der Fachkräftemangel, die Überalterung der Gesellschaft, die Erhaltung eines christlich geprägten Europas auf der Basis der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. Für all diese Aufgaben brauchen wir einen sachlichen Zugang und die Fähigkeit, in Friede und Ordnung miteinander zu diskutieren und zu arbeiten. Das ist eine Aufgabe für uns alle!

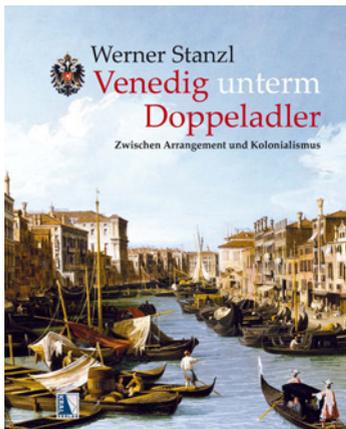


**PHILIPP
JAUERNIK, BA
(FRW)**

ist Historiker und arbeitet als Attaché an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Er gehört der MKV-Verbandsführung als Europa-Referent an, zuvor war er Couleur-Chefredakteur (2016-2022) und Gesellschaftspolitischer Referent (2005-2007).

Was bewegt uns in Europa? Eine regelmäßige politische Kolumne von Philipp Jauernik (FRW) und Stefan Zotti (NMW) mit Gedanken, Meinungen und Insides aus Brüssel, Europa und der Welt.

VENEDIG UNTERM DOPPELADLER



In seinem neuen Werk „Venedig unterm Doppeladler“ hinterfragt der Journalist und Dokumentarfilmer Werner Stanzl Österreichs Rolle als Okkupant und seine Herrschaft über seine Nachbarstaaten. Er dokumentiert dabei die Kritik anderer europäischer Großmächte an diesem Kolonialismus. Mächte, die selbst brutal über Kolonien herrschten, aber das zumeist in Übersee, was für sie den großen Unterschied ausmachte. Der Autor vermittelt einen Einblick in jene sieben Jahrzehnte, die Österreicher und Venezianer teils in Vernunftfehe, teils in einem Herr-und-Knecht-Gemenge verbrachten. Er beschreibt die katastrophalen Folgen des Ausbruchs des Vulkans Tambora im fernen Indonesien als den negativen Höhepunkt dieses Zusammenlebens. Es folgten Jahre

ohne Sommer mit totalen Ernteausfällen und Hungersnöten, gegen die der stets klamme Wiener Hof als Helfer versagen musste. „Wozu sich dann den Österreichern beugen“, fragten sich in logischer Konsequenz die Venezianer.

Was sagt dazu Matthias Ziegler (Wiener Zeitung): „Kaiser Franz Joseph, ein okkupatorischer Warlord in Oberitalien: Werner Stanzl zeichnet mit dem Biss des aufgeklärten Historikers ein umfangreiches Bild von der Herrschaft der Habsburger über die Region rund um Venedig, bei dem die Monarchen nicht gut wegkommen. Und er erläutert auch, welche Rolle Venedig beim rasanten Aufstieg Napoleon Bonapartes vom Feldherrn der Revolutionäre zum absolutistischen Kaiser von Frankreich spielte, der ihn bekanntlich bis nach Schönbrunn führte, ehe der Korse ebenso rasant unterging. Der Autor schildert nicht nur, wie schlecht den Einwohnern der Lagunenstadt die Fremdherrschaft erst durch Napoleon und dann durch die Habsburger bekommen hat, sondern er widmet auch weite Teile seiner in kurze, übersichtliche Kapitel gegliederten Chronik den vielen außen- beziehungsweise geopolitischen Winkelzügen der verschiedenen Player von Paris über Wien bis Sankt Petersburg, die einander am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts eine Schlacht nach der anderen lieferten. Venedig dient ihm hier nur als Ausgangspunkt für lehrreiche Exkurse, zu dem er immer wieder zurückkehrt – nur um wieder von Neuem aufzubrechen in die Weiten der Weltgeschichte, die sich hier in Europa abgespielt hat.“

Werner Stanzl:

Venedig unterm Doppeladler
Zwischen Arrangement und Kolonialismus

Erscheint im Oktober 2024 im Kral Verlag
www.kral-verlag.at

ca. 250 Seiten - umfangreich bebildert
 € 39,90

Wenn auch du ein von dir veröffentlichtes Werk im Couleur-Magazin rezensiert haben möchtest, kontaktiere uns unter couleur@mkv.at.

COULEURSTUDENTISCHES SUCHBILD

Finde alle Unterschiede in den Bildern und markiere sie.
Unter allen Einsendungen an couleur@mkv.at verlosen wir drei Bücher
des Kral-Verlags. Wir danken für die Bereitstellung!

ORIGINAL



SUCHBILD



Heidelberg von der Karl Theodor Brücke

© ADOBE STOCK

IMPRESSUM

**Herausgeber: Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen
farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)**

Laudongasse 16, 1080 Wien;

Telefon: 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9,

E-Mail: kanzlei@mkv.at,

Internet: www.mkv.at;

ZVR-Zahl: 646503058

Geschäftsführer: Thomas Weickenmeier (CIK)

Vorstand: Thomas Weickenmeier (CIK), Kilian Hirschmugl (ASO),
Dr. Thomas Luzer (ADW), Dr. Gregor Jansen (SOP)

Chefredakteur: Benedikt Neumayer (DMW), couleur@mkv.at

Mitarbeit: Walter Gröbinger (OCW), Gregor Schramm (AML),
Franz Schekolin (ASO)

Fotos: Sofern nicht anders angegeben: MKV, privat.

Cover: Adobe Stock

Layout: Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmannngasse 18/2,
1130 Wien, +43 676 3355520,
www.gebruederpixel.at

Auflage: 25.000 Stück.

Verkaufspreis: EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich).

Produktion, Druck und Anzeigenverwaltung:

Kny & Partner, Brühler Straße 116/2/2, 2340 Mödling,
office@knyundpartner.com, +43 676 3106714.

Verkaufsstellen: MKV-Kanzlei, Adresse s.o.

WStV-Kanzlei, Wien 8. Laudongasse 16;

Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/
Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumsstraße 38,
Sezemyky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162

Blattlinie: Das „Couleur“ ist die österreichweite Verbandszeitung des MKV
und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder
und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des
MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliederzeitungsmagazins. Das Couleur ver-
steht sich als Debattenmagazin, in dem Themen kontroversiell diskutiert
werden können. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung
der Autorinnen und Autoren wieder. Sie müssen nicht der Meinung des
Herausgebers entsprechen und verstehen sich nicht als Sicht des MKV. Im
Sinne der Lesbarkeit und des Respekts verwenden wir die grammatikalisch
korrekten Bezeichnungen, die beide Geschlechter umfassen.



Erkenne deine Chancen!

Womit beschäftigst du dich gerne und worin bist du richtig gut? Welcher Beruf passt zu dir? Kein Bock mehr auf Schule? Matura – und dann?

Mit der Potenzialanalyse gewinnst du Klarheit über deine Stärken und Interessen und erhältst Entscheidungshilfen zu Schule, Beruf und Studium. Denn die Möglichkeiten sind heute so vielfältig und unüberschaubar wie nie zuvor. In 3 Terminen klären wir gemeinsam deine Potenziale für deine berufliche Zukunft:

Terminvereinbarung unter: T 01/514 50-6528
Berufsinformationszentrum der Wiener Wirtschaft (BiWi)
18., Währinger Gürtel 97 | [W www.biwi.at](http://www.biwi.at)

Erstgespräch (45 – 60 Minuten)

Wir lernen uns kennen und unterhalten uns über deine Interessen, Erwartungen und deine bisherige Schullaufbahn als Basis für die Testung.

Testphase (ca. 4 Stunden)

Du machst einen mehrstufigen psychologischen Test, der speziell für dich zusammengestellt worden ist. Auf diese Weise wird schnell klar, wo deine besonderen Fähigkeiten, Interessen und Chancen liegen.

Auswertungsgespräch (60 – 90 Minuten)

Wir besprechen deine Testergebnisse und erarbeiten in diesem Gespräch gemeinsam, welche konkreten Ausbildungswege und Berufsmöglichkeiten zu dir passen.

Kosten:
€ 218,00
die sich lohnen



SEI IN VERBIN DU NG

Raiffeisenlandesbank
Oberösterreich 

Zusammenhalt, Engagement
und Verlässlichkeit sind Aus-
druck einer starken Verbindung.

Diese Werte leben wir
gemeinsam mit dem MKV.

Mehr Infos auf
rlbooe.at/studenten



Abg.z.NR
Mag.iur. Wolfgang Gerstl, Nc!

Landesparteiobmann
Stadtrat Karl Mahrer

LABg. GR Dr. Josef Mantl
Trn! Baj! Merc! ErG! NMG! TKW! KRW! ASG! GTS! Merk!

Landesgeschäftsführer
Mag. (FH) Peter Sverak, VbW! Merk!

Präsidentin des Seniorenbundes
LABg. GR Ingrid Korosec, CCW!

Landesobmann Junge ÖVP
LABg. GR Harald Zierfuß, Baj!

„Unserm Österreich zur Ehre, was auch bringen mag die Zeit.“

Leistung, Familie, Sicherheit –
das ist die Wiener Volkspartei.

